

Protokoll:

Etatreden

Der Vorsitzende ruft die Punkte 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 13 in verbundener Debatte auf. Er macht darauf aufmerksam, dass als Tischvorlage das Druckwerk "Stellenplan 2018" ausliegt, das die bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.11.2017 behandelten Änderungen enthält. Die ADD bestehe darauf, dass dieses Druckwerk nach dem amtlichen Muster 12 zur GemHVO allen Stadtratsmitgliedern in der Etat-Sitzung vorliegt. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt die wesentlichen Änderungen des Haushaltsentwurfs seit der Einbringungsrede zum Haushalt 2018 dar. Er weist darauf hin, dass sich bei § 1 Nr. 2 und § 3 der Haushaltssatzung Änderungen ergeben haben. Anschließend ruft er die Redner der Fraktionen der Reihenfolge nach auf.

Für die CDU-Fraktion spricht Rm Knopp.

Für die SPD-Fraktion spricht Rm Lehmkuhler.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen spricht Rm Zwiernik.

Für die BIZ-Fraktion spricht Rm Wefelscheid.

Für die FBG-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Gniffke.

Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Schupp.

Für die AfD-Fraktion spricht Rm Paul.

(Die Etatreden stehen, sofern sie dem Ratsbüro zur Verfügung gestellt wurden, im Infosystem zur Verfügung.)

Abstimmungen

Die BIZ-Fraktion stellt zwei Änderungsanträge:

1. Einstellung von 50.000 € für die Anschaffung von „Vertikaler Stadtbegrünung“ (City trees)
2. Streichung der 500.000 € für den Übersteigeschutz der Dachterrasse des Kulturbaus

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt zum Antrag „City trees“, dass es sich hierbei um einen Verstoß gegen den Eckwertebeschluss handele, da ein neues Projekt begonnen werden solle. Er schlägt vor, das Projekt in die Vorhaben im Zusammenhang mit dem Dieselgipfel einzubeziehen. Die Kanzlerin habe erklärt, dass sich die betreffenden 90 Kommunen darauf verlassen könnten, dass die Mittel im Laufe des Jahres 2018 fließen. In einem Brief an die Kanzlerin werde die Stadt ihr die beabsichtigten Maßnahmen vorstellen. Anschließend werde der Bund die Förderquoten benennen und der Rat könne entscheiden, welche Maßnahmen konkret durchgeführt werden. Die BIZ-Fraktion erklärt sich einverstanden mit dieser Vorgehensweise, die Maßnahme wird daher in den Brief mit aufgenommen.

Zum Übersteigeschutz für die Dachterrasse des Kulturbaus führt der Vorsitzende aus, der Rat habe beschlossen, die Dachterrasse begehbar zu machen. Derzeit bestehe das Problem, dass sie nur genutzt werden darf, wenn sie durch einen Wachmann bewacht wird. Es gebe noch die beiden Möglichkeiten, die Dachterrasse für den öffentlichen Verkehr zu schließen oder einen Übersteigeschutz herzustellen. Herr Schleiffer (Leichter Rechtsamt) ergänzt, da in der Vergangenheit regelmäßig Personen dort herumgeklettert seien, gehe es haftungsrechtlich darum einer erkannten Gefahrenquelle entgegenzuwirken. Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und FBG sprechen sich gegen die Veranschlagung des Übersteigeschutzes im Haushalt 2018 aus. Der Antrag wird zur Abstimmung gebracht und bei 16 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt. Die Veranschlagung bleibt daher bestehen. Sie wird mit einem Freigabevermerk durch den Haupt- und Finanzausschuss versehen.

Die FDP-Fraktion stellt 3 Änderungsanträge:

1. Senkung der Grundsteuer B um 5 Punkte
2. Streichung von 220.000 € im Öko-Konto P611013 für die Ausübung eines Vorkaufsrechts im Plangebiet 186c
3. Verwendung der im Projekt „Buswendeanlage Rüsternallee“ eingestellten Planungsmittel für die Planung eines Parkplatzes an der gleichen Stelle

Der Vorsitzende gibt zum Antrag auf Senkung der Grundsteuer B um 5 Punkte zu bedenken, dass hierdurch Mindereinnahmen von 250.000 € zu erwarten seien, wohingegen die Absenkung für die Bürgerinnen und Bürger nur minimale Einsparungen zur Folge hätten. Eine Anhebung der Grundsteuer B würde Probleme für die Haushaltsgenehmigung durch die ADD nach sich ziehen. Der Antrag wird bei 2 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag auf Streichung der 220.000 € im Öko-Konto zur Ausübung des Vorkaufsrechts wird bei 17 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag zur Buswendeanlage Rüsternallee wird bei 2 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die zusätzlich ausgewiesenen 10.000 € für die Städtepartnerschaften mit der Fußnote Freigabevermerk Haupt- und Finanzausschuss zu versehen, wird einstimmig beschlossen.